

21. September 2015

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 17.09.2015

Zu **Beginn der Sitzung** wurde durch die OB eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen des Geraer Stadtrates und der OB verlesen: „Verantwortung für unsere Demokratie übernehmen – Flüchtlinge willkommen heißen“ ([siehe Anhang](#)).

Es **folgten zwei Aktuelle Stunden** zu den Themen:

- Haushalt und Haushaltssicherungskonzept – beantragt durch die CDU-Fraktion und
- Halbjahresbilanz der Oberbürgermeisterin – beantragt von der SPD-Fraktion.

Insbesondere zur ersten Aktuellen Stunde gab es eine heftige kontroverse Debatte. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch 2 widersprüchliche Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom gleichen Tag. In einem ersten wurde der Stadt eine Bedarfszuweisung in Höhe von 7,2 Mio. € gewährt (beantragt waren notwendige 16,3 Mio. €), die an die Auflage gebunden war, bis Ende November 2015 weitere 2 Mio. € Einsparungen im HSK bis 2013 nachzuweisen. Das zweite Schreiben aus der gleichen Behörde verweigerte die Genehmigung des Haushaltes der Stadt 2015 mit der Begründung, das ein aktuelles Haushaltsfehl von 9 Mio. € (nach der Bedarfszuweisung) keine Betätigung ermöglicht. Eine Genehmigung des Haushaltes erfordert noch in diesem Jahr eine Ausgabenreduzierung um diese Größenordnung (siehe Redebeiträge A. Schubert, M. Huster).

Im **nächsten inhaltlichen Tagesordnungspunkt** wurde eine Vorlage der Fraktion DIE LINKE.

„Beitritt zum Aktionsbündnis `Für die Würde unserer Städte`“ mehrheitlich beschlossen. Damit ist die Stadt Gera dem bundesweiten, parteiübergreifenden Bündnis von notleidenden Kommunen beigetreten (siehe Redebeitrag A. Schubert).

Bestätigt wurde die **Ortspauschale 2015** für die finanzielle Ausstattung der Ortsteilräte und der Antrag der Fraktion DIE LINKE., ein Drittel dieser Mittel sofort (ohne bestätigten Haushalt 2015), an die Ortsteile auszuzahlen.

Ein durch die Fraktion DIE LINKE. eingebrachter Änderungsantrag zur **Teilabwägung Einzelhandel der Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes VB/85/13 „Nahversorgung Westvororte“** fand keine erforderliche Mehrheit (17 Ja-Stimmen, 17 Ablehnungen). Dieser Antrag sah vor:

- Rückverweisung der Vorlage in die Verwaltung
- Vorstellung der Investitionsabsicht in der breiten Öffentlichkeit
- Klärung der noch offenen substantiellen Probleme
- Objektive Bewertung der Beteiligungen.

Damit wurde die Vorlage der Verwaltung angenommen, in der in der Abwägung durch die Verwaltung keine wesentlichen Hemmnisse für die Errichtung eines Nahversorgungszentrums gesehen werden.

Mehrheitlich bestätigt wurde durch den Stadtrat der
Bewilligungs- und Auslegungsbeschuß zum Bebauungsplan VB/72/14
„Bebauungsplan Arminiusstraße“.

Rede Andreas Schubert zur aktuellen Stunde (Haushalt und Haushaltssicherungskonzept):

(Begrüßung)

Auf Grund der erst heute versendeten Bescheide kann es gar keine abschließende Bewertung geben, zumal die am heutigen Tag eingegangenen Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde sich auch widersprechen.

Seit heute wissen wir, es gibt eine Genehmigung von Bedarfszuweisungen aber keine für den Haushalt. Trotz der Bemühungen der RGG- Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow an der Spitze, bleibt festzustellen:

- Es klafft eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem jetzt hier vorliegt, nach 3 Monaten und dem was notwendig wäre, um in unserer Stadt nachhaltig die finanzielle Schieflage zu bearbeiten, was übrigens auch kommuniziert wurde in all den Wochen und Monaten vor der Beschlussfassung am 25. Juni 2015.
- Jedem im Raum ist natürlich auch klar – ein genehmigter Haushalt im IV. Quartal ist fast nichts mehr wert, wenn wir an die dringend notwendigen Investitionen denken. Damit lässt sich kommunal kaum umsetzen, was politisch durch rot-rot-grün auf Landesebene gewollt ist. Übrigens: Jede Investitionsmaßnahme aus der vom Stadtrat beschlossenen Liste, die nicht umgesetzt wird, wird uns im nächsten Jahr ein mehrfaches an Kosten verursachen – Bieblach-Ost lässt grüßen!
- Das die Bedarfszuweisungen nun deutlich unter der im HH eingestellten Höhe von 16,3 Millionen Euro geblieben sind ist ebenfalls mehr als nur ein Wehrmutstropfen. Alle wissen, dass damit ein nicht unerheblicher Teil der Haushaltsprobleme unserer Stadt erneut in kommende Jahre verschoben wird, wir uns auch in der HH-Debatte für 2016 wieder mit riesigen Liquiditätsproblemen befassen müssen.

– Doch trotz des großen Bemühens des Präsidenten des LVWA Roßner die Zukunft für Gera positiver zu gestalten, tragen die mit der Haushaltsgenehmigung verknüpften Auflagen und Begründungen die nach meiner Einschätzung ganz klar die Handschrift einzelner bekannter Mitarbeiter im Landesverwaltungsamt. Sie atmen den Geist eines ein politisches Foulspiel was die Stadt Gera erneut aus dem Spiel bringen soll. Das muss endlich aufhören! Warum gab es eigentlich so eine enge Abstimmung im Vorfeld, wenn jetzt plötzlich eine neue Forderung kommt mal eben 2 Millionen einzusparen per Beschluss bis November????!! Und warum eigentlich 2 Millionen, warum nicht gleich 5 oder noch besser 10 Millionen???? Mehr als Sarkasmus fällt einem hier kaum mehr ein.

Es ist dies erneut der untaugliche Versuch einer Mittelbehörde der bessere kommunalpolitische Entscheider sein zu wollen, statt der Dienstleister für Kommunen, was eigentlich der Auftrag ist. In den letzten Wochen wurde wiederholt mit Schreiben von dort, die in kurzer Folge wieder korrigiert werden mussten versucht, der Stadt Gera Steine in den Weg zu rollen, statt uns den Weg freizuräumen. Schriftlich liegt von der Rechtsaufsicht vor, dass Kommunen z.B. die Wahl haben das kommunale Hilfspaket für Investitionen oder für den Haushaltsausgleich u verwenden. Wenn jetzt die Rechtsaufsicht dies für die Stadt Gera entscheiden will, dann ist das der Versuch den Stadtrat politisch gefügig zu machen, die Stadt Gera mit einer ferngesteuerten Zwangsverwaltung zu kontrollieren.

Das liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträte entspricht aber nicht unserem Mandat aus dem letzten Jahr von unseren Wählerinnen und Wählern und deshalb dürfen wir dies auch nicht zulassen davon bin ich zutiefst überzeugt – hier geht es um die Glaubwürdigkeit des Stadtrats insgesamt und zwar unabhängig von der jeweiligen Fraktionszugehörigkeit.

Wer jetzt immer noch nicht erkennt, dass im Landesverwaltungsamt Blockaden endlich aufgelöst oder besser abgelöst werden müssen, der hat einen politischen Sehfehler. Denn: Mit keinem noch so intensiven Diskussionsprozess oder irgendwelchen neuen Kreationen von HSK-Maßnahmen lässt sich hier in Gera ohne die notwendige Unterstützung von oberen Ebenen das Haushaltsproblem unserer Stadt bearbeiten. Diese Erkenntnis bestätigt sich einmal mehr mit dem Haushaltsverfahren 2015.

Dabei verneinen wir nicht die Möglichkeiten die wir in Gera haben und hatten Einfluss zu nehmen, doch die sind natürlich bei weitem nicht so wirkungsvoll.

Und da sind wir Frau Oberbürgermeisterin als Stadt Gera leider auch die Gefangenen der eigenen Fehler – vor denen wir auch als LINKE wiederholt gewarnt hatten:

Jetzt fordert nämlich die Rechtsaufsicht die Erfüllung der Phantasiezahlen, ein, die ein Wirtschaftsprüfer Freyer uns hier in das HSK diktiert hat. Zahlen die in der Praxis völlig unrealistisch, ja unrealisierbar sind. Dies betrifft auch die völlig unzureichende Ermessensausübung in Bezug auf notwendige Investitionsmaßnahmen in Schulen siehe Brandschutz. Jetzt rächt sich die Behauptung, wir könnten jahrelang ohne Investitionen auskommen, die dazu führte dass viele unaufschiebbare Investitionen wie auch Feuerwehrfahrzeuge einfach aus dem Haushalt rausgekippt wurden.

Und am Beispiel der Kita-Gebühren möchte ich dies noch einmal für alle Einwohner auch beispielhaft darzustellen, denn die Kita-Gebühren wurden ja jetzt wieder in die kommunalpolitische Debatte gestellt:

Worum geht's: Dank eben auch Her Freyer, stand mal im HSK eine Zahl von 6,7 Millionen Euro die die über 10 Jahre bei den Kita-Gebühren eingespart werden soll also – Alle Eltern von Vorschulkindern und in Familienplanung Achtung – zusätzlich von den Eltern eingesammelt werden sollen. Dabei wurde behauptet, die jetzigen Elterngebühren wären im Thüringer Vergleich unterdurchschnittlich.

Fakt ist 21% der Geraer Kita Kosten werden in der Finanzierungsstruktur von Elterngebühren inklusive Gebührenübernahme bestritten (Landesamt für Statistik), der Thüringer Durchschnitt liegt hier bei 17 %. Die Auflage des Landes ist damit erfüllt, übererfüllt.

- Doch auch Eltern von Vorschulkindern sind natürlich genauso von den stark gestiegenen Steuersätzen und Gebührenerhöhungen betroffen, die alle Einwohner von Gera stemmen müssen. Und auch deshalb hat der Stadtrat hier erst vor einem halben Jahr entschieden, in diesem Bereich keine Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen mehr umzusetzen, zumal das Ende 2014 mit den Trägern erarbeitete Model rechtswidrig war.
- Seitdem hat sich an der Faktenlage null Komma nichts geändert. Nur hängen manche noch immer der Idee nach, man könne Eltern drastische Gebührenerhöhungen mit der Forderung nach einer Gebührenstafflung unterjubeln.
- Und auch hier noch mal Achtung an alle Eltern: Wer mit ihnen das Gespräch führt, zu

einer Gebührenstafflung, sollte Ihnen auch die Frage beantworten, ob er oder sie dafür ist das Volumen der Elterngebühren, die Belastung der Haushaltskasse von Familien mit Vorschulkindern in Summe auszuweiten – z.B. um 700.000 Euro pro Jahr, oder ob er im bisherigen Gebührenvolumen nur die Lasten anders verteilen will. Das ist nämlich die entscheidende Frage zu Beginn.

Und weil wir alle uns ja bemühen sollten verständlich zu sprechen, möglichst ohne jede Politmechanik will ich es noch mal auf den Punkt bringen:

DIE LINKE will keine weitere Gebührensteigerung für Eltern von Vorschulkindern durch Entscheidungen des Stadtrates provozieren. Dabei bleibt es und deshalb sehen wir als Fraktion auch keinerlei Handlungsbedarf an dieser Stelle. Übrigens befanden wir uns mit dieser Position in einmütiger Gesellschaft alle demokratischen Parteien und Wählervereinigungen noch im April letzten Jahres – Steb / Comma diese Frage mit Nein beantworteten.

Nebenbei gesagt war da auch die SPD dabei, vertreten von Herrn Fritsche.

Es bleibt zu hoffen, dass man die damalige Zusage an die Eltern nicht politischer Amnesie opfert und auch in Gera den Kurs fährt Elterngebühren die man ja im Kita-Bereich abschaffen will, nicht vorher erst noch mal drastisch zu erhöhen.

Frau Oberbürgermeisterin in diesem Zusammenhang will ich noch einmal ganz deutlich machen:

Die Verwaltung kann alles untersuchen und recherchieren, wozu die Kapazitäten reichen – aber keine Außenwirkung, keine Unruhe bei Trägern – hier gilt der Stadtratsbeschluss bis zum Wiederaufruf.

Denn mit dem Votum der Wähler entscheiden gewählten Stadträte über kommunale Fragen – und das haben sie auch bei den Kita-Gebühren getan, mit großer Mehrheit, im Interesse der Betroffenen und der Stadt, die für eine positive Zukunft keine neue Sonderbelastungen für Familien mit Vorschulkindern gebrauchen kann.

Zusammenfassend ist zu sagen, zum Haushalt, dem Bedarfszuweisungsbescheid und den Ablehnungen sehen wir sehr viel Diskussionsbedarf mit der Genehmigungsbehörde und kein, aber wirklich kein Szenario würde ich heute vorschnell ausschließen wollen, wenn wir dazu im Stadtrat eine mehrheitliche Auffassung in der Diskussion erarbeiten.

Vielleicht Frau Oberbürgermeisterin, sollte man darüber nachdenken, Herrn Roßner dazu direkt nach Gera einzuladen.

In dieser Diskussion brauchen wir alle Fakten auf dem Tisch und deshalb möchte ich erneut und wiederholt an Sie Frau OB appellieren nun endlich dem Stadtrat die schon lange angeforderte Aufstellung der übertragenen Aufgaben einschließlich Personalaufwendungen den dafür zur Verfügung gestellten Finanzen vorzulegen.

- Weiter will ich in diesem Zusammenhang an den 3. Punkt des Haushaltsbeschlusses erinnern:
- Die Stadt Gera prüft die Rückkehr zur kameralistischen Haushaltsführung. Sie beantragt die Finanzierung der insoweit anfallenden Kosten durch das Land in Form eines Pilotprojektes.

Frau Oberbürgermeisterin, wir erwarten, dass sie diesen Beschluss des Stadtrats jetzt umsetzen und unverzüglich einen entsprechenden Antrag stellen, auch weil wir wissen, dass uns bis heute die Umstellung auf Doppik keine Vorteile gebracht hat, die die Nachteile auch nur annähernd aufwiegen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal unterstreichen:

Die Stadt Gera hat keine Zeit mehr, nicht um ein viertel Jahr auf Bescheide der Rechtsaufsicht zum HH zu warten und auch nicht um Investitionen erneut zu verschieben!